



Gerling Informationen für
wirtschaftsprüfende, rechts- und
steuerberatende Berufe



10. September 1987
7. Jahrgang, S. 134–151
ISSN 0177–1868

9

Inhalt	Seite
GI Leitsätze	134
Haftung des Treuhänders	135
– Aufklärungspflichten	
– Haftungsausschluß	
IOLG München Urt. v. 23. 4. 1986 – 15 U 1566/83, rkr. nach Nichtannahme der Revision durch BGH-Beschl. v. 8. 12. 1986)	
Rechtsberatung durch Steuerberater	141
– Erstellung von Vertragsentwürfen für geplantes Bauherrenmodell	
– Weiterführende Hinweise	
IOLG Koblenz Urt. v. 20. 6. 1986 – 2 U 534/85)	
Mandatsvertrag mit Sozietät	145
– Bearbeitung durch angestellte Mitarbeiter	
– Weiterführende Hinweise	
(LG Itzehoe Urt. v. 4. 12. 1986 – 7 O 207/86)	
GI Hinweise	148

GI Leitsätze

Belehrung über Kostenrisiko

Zur Verletzung anwaltlicher Sorgfaltspflichten, hier: Belehrung über das Kostenrisiko des Mandanten, der als Beigeladener im Baunachbarrechtsstreit Sachanträge stellt.

(OLG Düsseldorf Urf. v. 27.11.1986 – 8 U 237/85, AnwBl. 1987, 283)

Belehrung über die Möglichkeit der Beratungshilfe

Der Rechtsanwalt ist verpflichtet, den Mandanten ungefragt über die Voraussetzungen der Beratungshilfe aufzuklären, wenn an den Umständen erkennbar ist, daß der Mandant zu dem berechtigten Personenkreis gehören könnte.

(AG Neuss Urf. v. 24.11.1986 – 37 C 530/86, AnwBl. 1987, 284)

Hinweispflicht zur Gebührenhöhe

Auch ohne besondere Aufforderung kann sich aus besonderen Umständen eine Rechtspflicht des Anwalts zur Belehrung eines Mandanten über die Höhe der voraussichtlichen Kosten und Gebühren ergeben.

(LG Flensburg Urf. v. 11.12.1986 – 1 S 69/86, Rbeistand 1987, 50)

Fahrtkosten des Rechtsanwalts zwischen Kanzlei und Wohnung

Fahrten eines Rechtsanwalts zwischen der Kanzlei und der Wohnung sind steuerrechtlich auch dann in vollem Umfange als Fahrten zwischen Wohnung und Betriebsstätte anzusehen, wenn der Rechtsanwalt in der Wohnung ein Arbeitszimmer für seine berufliche Tätigkeit nutzt.

(FG Köln Urf. v. 25.6.1986 – VI 439/82 F)

Verdeckte Gewinnausschüttung

Auch bei nachträglich festgestellten verdeckten Gewinnausschüttungen, die vom Empfänger bereits versteuert sind, ist das der tariflichen Körperschaftsteuer unterliegende Einkommen der Kapitalgesellschaft unter Einbeziehung des verdeckt ausgeschütteten Gewinns zu ermitteln und die Ausschüttungsbelastung herzustellen.

(BFH Urf. v. 24.3.1987 – I B 117/86, LEXinform 0074883)

Haftung des Treuhänders

- Aufklärungspflichten
- Haftungsausschluß

(OLG München Urt. v. 23.4.1986 – 15 U 1566/83, rkr.
nach Nichtannahme der Revision durch BGH-Beschl. v. 8.12.1986)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Eine schuldhaft Verletzung vorvertraglicher Aufklärungspflichten über das Risiko der geplanten Steuerkonzeption ist nicht erkennbar, wenn weder die Finanzbehörde noch ein Dritter auf etwaige Bedenken des Steuerkonzepts hingewiesen haben und die Verluste 1974 – 1977 vorläufig festgestellt wurden.
Bei dieser Handhabung der prospektierten Verlustzuweisung und des Steuerkonzepts darf der Treuhänder davon ausgehen, daß die Angaben im Prospekt richtig sind und bei der späteren Veranlagung von den Anlegern erzielt werden können.
2. Sobald das Finanzamt Bedenken gegenüber Teilen des Steuerkonzepts hat, sind die Anleger vor Annahme ihrer Beteiligungsanträge darauf hinzuweisen. Dies gilt insbesondere, wenn im Prospekt behauptet wird, die Betriebsprüfung habe das Steuerkonzept bestätigt.
3. Im Prospekt offen als Prognosen gekennzeichnete Schätzung über zu erwartende Lizenzeinnahmen machen es für den Treuhänder nicht erforderlich, die Einschaltung eines Sachverständigen zu fordern, wenn dieser auch nur hätte schätzen können. Es ist auch kein Risikohinweis erforderlich, wenn der Prospekt deutlich macht, daß Lizenzverträge noch nicht vorliegen.
4. Eine Haftungsbeschränkung im Treuhandvertrag kann nur Regresse wegen einer Pflichtverletzung **nach** Abschluß des Treuhandvertrages betreffen.

Zum Sachverhalt:

Sechs Kläger, die zu verschiedenen Zeitpunkten den T. Stillen Gesellschaften beitraten, machen Schadenersatzansprüche gegen eine Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft geltend. Diese hielt als Treuhänderin die Geldbeträge der Kapitalanleger, so daß die Kläger nicht unmittelbar Gesellschafter, sondern nur über die Treuhänderin wirtschaftlich an den stillen Gesellschaften beteiligt wurden. In den

Prospekten ist auf die zu erwartende hohe steuerliche Verlustzuweisung von ca. 230 % bzw. 210 % hingewiesen. Im Prospekt ist auch vermerkt, daß die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten noch nicht abgeschlossen sind, weshalb es verfrüht wäre, für die zu erwartenden Erträge eine bestimmte Größe anzusetzen, da diese auf Schätzwerten beruhen müßten. Die Kapitalanleger begehren Rückerstattung ihrer Einlagen und die Feststellung, daß ihnen alle weiteren Schäden zu ersetzen sind.

Aus den Gründen:

Verschulden des Treuhänders

Voraussetzung für einen Schadenersatzanspruch wegen Verletzung der der Beklagten obliegenden Aufklärungspflicht wäre nämlich ein **Verschulden** der Beklagten bei Vertragsabschluß, das entweder in vorsätzlich oder fahrlässig falschen Angaben im Prospekt oder in einer schuldhaft unterlassenen Information über das Risiko der geplanten Steuerkonzeption liegen könnte. Hieran fehlt es jedoch in den oben genannten Fällen.

Denn das zuständige Finanzamt hat mit vorläufigem Feststellungsbescheid vom 12. 11. 1975 den Verlust der KG für 1974 auf 8.891.705,- DM festgesetzt. Dieser Verlust hätte ausgereicht, um die den Klägern für das jeweilige Jahr in Aussicht gestellte Verlustzuweisung zu realisieren, zumal für 1975 und die nachfolgenden Jahre mit keinen wesentlichen Änderungen zu rechnen war. Vielmehr hat das zuständige Finanzamt mit Änderungsbescheid vom 3. 8. 1977 nochmals für 1974 einen Verlust von über 8 Mio. DM festgestellt; erst am 2. 10. 1980 hat das Finanzamt den Verlust für 1974 um 4,8 Mio. DM gekürzt.

Bei dieser Handhabung des der in Aussicht gestellten Verlustzuweisung zugrunde liegenden Steuerkonzepts durch die Finanzbehörden durfte die Beklagte zunächst davon ausgehen, daß die Angabe in den Prospekten **richtig** ist und bei der späteren Steuerveranlagung von den Klägern erzielt werden kann. Dies gilt hier umso mehr, als falsche Angaben der KG (oder der Beklagten) gegenüber dem Finanzamt, die zur Erschleichung eines überhöhten Verlustbetrages hätten führen können, nicht vorgetragen oder ersichtlich sind.

Dem steht auch nicht entgegen, daß das Risiko, die Rechtslage unzutreffend zu beurteilen, den Schuldner trifft (BGHZ 89, 296, 303) und der Schuldner auch dann haftet, wenn – wie hier – seine Rechtsansicht zunächst von einem Gericht (oder einer Behörde) bestätigt, diese Entscheidung aber später vom Rechtsmittelgericht aufgehoben wird

(BGH NJW 74, 1903 ff.). Denn Voraussetzung für eine derartige Risikoverteilung ist stets der Umstand, daß der Schuldner Kenntnis davon hatte, daß gewichtige Gründe gegen seine Ansicht sprechen. Diese Kenntnis hatte die Beklagte vor dem Sommer 1977 jedoch nicht, weil weder die Finanzbehörden noch ein Dritter die Beklagte auf etwaige Bedenken hinsichtlich der angewendeten Steuerkonzeption hingewiesen hat. Mangels irgendeines angemeldeten Zweifels, daß die Steuerkonzeption unrichtig oder zumindest fraglich war, mußte die Beklagte zunächst nicht damit rechnen, daß die Angabe im Prospekt über die Höhe der Verlustzuweisung unzutreffend sein könnte.

Erst durch die im Finanzgerichtsurteil erwähnte Besprechung mit der Fahndungsstelle und durch deren Bericht vom 19.7.1977 hat die Beklagte Kenntnis von der nunmehr erstmals mit Zweifeln versehenen Erfolgsaussicht des Steuerkonzepts erhalten. Daher kann eine Pflicht der Beklagten, beteiligungswillige Interessenten auf die von der Finanzbehörde mitgeteilten Zweifel hinsichtlich der Höhe der Verlustzuweisung hinzuweisen, vor dem Sommer 1977 nicht entstanden sein.

Deshalb können die Kläger, die bereits vor Ende Juli 1977 – nach der Erstellung des Berichts der Fahndungsstelle vom 19.7.1977 war der Beklagten noch eine gewisse Überprüfungs- und Bedenkzeit einzuräumen – einen derartigen Vertrag abgeschlossen haben, der Beklagten insoweit keine Verletzung der Aufklärungspflicht anlasten.

Aufklärungspflichten?

Eine Aufklärungspflichtverletzung über andere Punkte liegt ebenfalls nicht vor.

Daß die im Prospekt enthaltene **Prognose über erzielbare Lizenznahmen ohne Einschaltung eines Sachverständigen** ermittelt wurde, macht den Prospekt noch nicht unrichtig. Denn das dort enthaltene Rechenbeispiel beruht auf der Annahme, daß pro 1.000 Stück Zigaretten eine Lizenznahme von 0,20 DM erreicht werden könne. Das erscheint nach Sachlage nicht überhöht und stellt im übrigen eine **Schätzung** dar, worauf im Prospekt ausdrücklich **hingewiesen** ist. Dort ist nämlich ausgeführt, daß es gegenwärtig verfrüht ist, für die nach Lizenzvergabe zu erwartenden Erträge eine bestimmte Größe anzusetzen, da die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten noch nicht abgeschlossen sind und die Kalkulationen über die Lizenznahmen auf **Schätzwerten** beruhen müssen, bis die Verhandlungen mit der Zigarettenindustrie zu Abschlüssen geführt haben.

Bei dieser Sachlage die Einschaltung eines Sachverständigen zu fordern, wäre abwegig, da ein Sachverständiger mangels eines bestehenden Vorbildes auch nur hätte **schätzen** können und nicht über mehr Anhaltspunkte verfügt hätte als die Beklagte.

Soweit in dem erwähnten **Rechenbeispiel** für die einzelnen Jahre nach der Lizenzvergabe bezifferte Beträge angegeben sind, beruhen diese – was schon bei einem oberflächlichen Durchlesen erkennbar war – auf prozentual hochgerechneten Lizenzzigaretten. Ob ein solcher Anteil von Lizenzzigaretten gemessen am Gesamtzigarettenverbrauch erreichbar gewesen wäre, wäre vom Abschluß entsprechender Verträge mit der Zigarettenindustrie abhängig gewesen. Daß solche Verträge jedoch noch **nicht** vorliegen, ist im Prospekt ausdrücklich erwähnt mit dem Zusatz, es müsse deshalb vorerst mit Schätzwerten gearbeitet werden.

Das Risiko hinsichtlich der Höhe der etwa zu erwartenden Lizenzeinnahmen war daher aus dem Prospekt eindeutig erkennbar, weshalb hierzu kein besonderer Hinweis der Beklagten an die Kläger erforderlich war.

Schließlich kann der Beklagten auch nicht angelastet werden, sie hätte die Kläger **über die Höhe des zu zahlenden Kaufpreises** näher informieren müssen. Denn der Kaufpreis war ja gerade das Kernstück der Steuerkonzeption, mit der möglichst hohe Verlustzuweisungen erreicht werden sollten. Daher lag es im Interesse der Anleger, durch einen steuerlich ausgewiesenen hohen Kaufpreis zu hohen Verlustzuweisungen zu gelangen. Hätte dieses Konzept funktioniert, wäre kein Anleger auf den Gedanken gekommen, die Höhe des Kaufpreises zu beanstanden, zumal wenn er anschließend auch noch einen Anteil an den Lizenzeinnahmen erhalten hätte. Daß die Frage, ob Lizenzeinnahmen tatsächlich erzielt werden können, mit einem Risiko behaftet war, war in den verschiedenen Prospekten mehrfach erwähnt. Außerdem ist auch allgemein bekannt, daß Forschungsarbeiten, die noch nicht abgeschlossen sind, negativ ausgehen können und dann keine Möglichkeit besteht, diese Ergebnisse finanziell auszuwerten. Schließlich ist in § 3 Nr. 3 des Treuhandvertrages ausdrücklich darauf hingewiesen, daß **die Treuhänderin nicht für das wirtschaftliche Risiko und nicht für die spätere Verwertbarkeit der erworbenen Verfahren haftet**.

Bei dieser Sachlage kann der Beklagten nicht angelastet werden, daß sie die Kläger nicht über Einzelheiten und über die Höhe des Kaufpreises informiert hat, zumal dieser nach der vorliegenden Konzeption zunächst ja nicht gezahlt werden sollte, sondern gestundet war bis zum Eingang entsprechender Lizenzeinnahmen; er hat also – da es keine Lizenz-

einnahmen gab – die Kläger nur in (erwünschter) steuerlicher Richtung berührt, nicht aber als echte Betriebsausgabe der KG belastet.

Auch die von den Klägern behauptete Interessenkollision im Verhältnis zwischen Käuferin und Verkäufer spielt daher in Ansehung der Höhe des Kaufpreises keine Rolle. Soweit der Verkäufer für die weitere Durchführung der Forschungsarbeiten ein Entgelt erhalten sollte, hätte ein entsprechendes Honorar auch dann gezahlt werden müssen, wenn der Auftrag an einen Dritten vergeben worden wäre. Daher ist nicht erkennbar, daß sich die geplante Zusammenarbeit zwischen dem Verkäufer und der Käuferin nachteilig für die Kläger ausgewirkt haben könnte.

.....

Aufklärungspflichten nach Steuerfahndung

Durch die im Finanzgerichtsurteil erwähnte Besprechung mit der Fahndungsstelle und durch deren Bericht vom 19.7.1977 hat die KG nämlich Kenntnis davon erhalten, daß das Finanzamt das Kernstück des zugrunde gelegten Steuerkonzepts nicht akzeptieren will mit der Folge, daß die Anleger keine Verlustzuweisung in Höhe von etwa 210 % erhalten konnten. Diese Auffassung der Steuerbehörden stand damals allerdings noch im Gegensatz sowohl zur Ansicht der KG als auch zur bisherigen Praxis des zuständigen Finanzamts (vgl. die o. Steuerbescheide vom 12. 11. 1975 und 3. 8. 1977).

Hierbei ist jedoch von der ebenfalls schon erwähnten Rechtsprechung auszugehen, daß das Risiko, die Rechtslage unzutreffend zu beurteilen, den Schuldner trifft und dies selbst dann gilt, wenn seine Rechtsansicht zunächst von einem Gericht (oder einer Behörde) bestätigt, diese Entscheidung aber später vom Rechtsmittelgericht aufgehoben wird (BGH NJW 74, 1903 ff; BGHZ 89, 296, 303). Infolge des der KG spätestens ab Ende Juli 1977 bekannten Umstands, daß die Finanzbehörden Bedenken gegen die zugrunde gelegte Steuerkonzeption haben, hätten die Kläger, deren Beteiligungsanträge erst nach Ende Juli 1977 angenommen worden sind, hierauf hingewiesen werden müssen. Denn die Frage, wie hoch die Verlustzuweisung ist (ob 210 % oder wesentlich weniger), hat den Entschluß der Kläger zum Vertragsabschluß unbestritten wesentlich beeinflußt. Dies war auch für die KG und für die Beklagte (eine Steuerberatungsgesellschaft) ohne weiteres erkennbar, zumal gerade der Steuervorteil das wesentliche Argument war, mit dem im Prospekt für eine Kapitalbeteiligung geworben worden war (Beteiligung ausschließlich aus Steuerersparnis finanzierbar).

Ein solcher Hinweis an die Kläger vor Vertragsabschluß ist jedoch nicht erfolgt; der im Protokoll vom 12. 3. 1986 erwähnte Rechenschaftsbericht ist den betreffenden Klägern erst **nach** Vertragsabschluß zugeleitet worden. **Auch im Prospekt für 1978 ist insoweit falsch angegeben, daß die Betriebsprüfung das Steuerkonzept bestätigt habe;** dies war unzutreffend, weil gerade das Gegenteil vorgelegen hat.

Für diese unterlassene Information haftet die Beklagte den Klägern wegen Verletzung ihrer vorvertraglichen Beratungspflicht (§§ 276, 278 BGB). Denn die Beklagte war alleinige stille Gesellschafterin der T. Stille Gesellschaft 1977 bzw. 1978 und alleinige Kommanditistin der KG. Außerdem trat sie den Klägern gegenüber als ihre Treuhänderin bei diesem Geschäft auf. Da die Kläger von Anfang an nur eine mittelbare Beteiligung erwarben, die Beklagte aber als Treuhandkommanditistin Inhaberin aller Rechte und Pflichten aus der klägerischen Beteiligung wurde, war bei dieser Art der Koppelung der Beteiligung der Kläger einerseits sowie des Treuhandverhältnisses andererseits die Beklagte der einzige Ansprechpartner, der dem jeweiligen Kläger zur Verfügung stand, zumal die T-GmbH bei dieser Angelegenheit nach außen keine Tätigkeit entfaltet hat. Daß die Anwerbung der Beteiligungsinteressenten durch Mitarbeiter der Firma N. erfolgt ist, steht dem nicht entgegen, weil diese insoweit als Erfüllungsgehilfen der Beklagten tätig geworden sind und die Beklagte für sie einzustehen hat (§ 278 BGB).

Dabei kann sich die Beklagte nicht darauf berufen, ihr sei nach dem Treuhandvertrag nur die Verwaltung der Geldbeträge der Anleger oblegen. Denn im vorliegenden Rechtsstreit handelt es sich nicht um die Verletzung einer vertraglich übernommenen Pflicht, sondern um einen Verstoß gegen **vorvertragliche Aufklärungspflichten**. Diese Aufklärung hat die Beklagte – wie schon erörtert – unterlassen. Ihr Verhalten war auch schuldhaft (§ 276 BGB), weil ihr seit Ende Juli 1977 die Zweifel am Steuerkonzept bekannt waren oder hätten bekannt sein müssen und sie es trotzdem unterlassen hat, die Kläger auf diesen Punkt, der für ihren Entschluß zum Vertragsabschluß erkennbar von wesentlicher Bedeutung war, hinzuweisen.

Daher hat die Beklagte den hiervon betroffenen Klägern den durch die vorvertragliche Aufklärungspflichtverletzung entstandenen Schaden – soweit beziffert – zu ersetzen und auch allen weiteren Schaden aus ihrer Beteiligung, der derzeit ziffernmäßig noch nicht berechnet werden kann (Feststellungsantrag).

Mitverschulden

Ein Mitverschulden der betreffenden Kläger (§ 254 BGB) scheidet hier aus, da sie über das betriebsinterne Ergebnis der Steuerfahndung nicht unterrichtet worden sind und auch nicht wissen konnten, daß die Finanzbehörden das von einer Steuerberatungsgesellschaft als Treuhänderin vorgelegte Steuerkonzept im Endergebnis nicht akzeptieren würden.

Anrechnung von Steuervorteilen?

Eine Anrechnung möglicherweise von den betreffenden Klägern ersparter Steuern auf ihren geltend gemachten Schaden scheidet hier aus. Denn selbst wenn sie zunächst infolge der Verlustzuweisungen Steuern erspart haben sollten, müssen sie den nunmehr zuerkannten Betrag versteuern; das gleicht sich im Ergebnis in etwa aus (vgl. BGH VersR 84, 891; NJW 79, 1449). Anhaltspunkte für einen außerordentlichen Steuervorteil hat die insoweit darlegungspflichtige Beklagte nicht vorgetragen.

Haftungsausschluß

Auf den in § 3 des Treuhandvertrages vereinbarten Haftungsausschluß kann sich die Beklagte nicht berufen. Denn es handelt sich hier nicht um die Verletzung einer **nach** Vertragsabschluß der Beklagten als Treuhänderin obliegenden Pflicht, sondern um einen Verstoß gegen **vorvertragliche** Aufklärungspflichten. Zur Zeit des Verstoßes war der Treuhandvertrag also noch gar nicht abgeschlossen.

Rechtsberatung durch Steuerberater

- Erstellung von Vertragsentwürfen
für geplantes Bauherrenmodell

- Weiterführende Hinweise

(OLG Koblenz Urt. v. 20.6.1986 – 2 U 534/85)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Das Erstellen von Vertragsentwürfen für ein geplantes Bauherrenmodell stellt eine gemäß Artikel 1 § 1 RBerG Steuerberatern nicht erlaubte Rechtsberatung dar.
2. Eine Rechtsberatung ist Steuerberatern gestattet, wenn sie unbedingt notwendig und unausweichlich ist, um die Hilfeleistung in einer steuerrechtlichen Frage zu ermöglichen.

3. Die Ausnahmeregelung des Artikel 1 § 5 RBerG, wonach in bestimmten Geschäftsbereichen eine Rechtsberatung gestattet ist, die mit der geschäftlichen Tätigkeit in einem unmittelbaren Zusammenhang steht, gilt nicht für die steuerberatenden Berufe.
4. Ist der Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Steuerberater gem. § 134 BGB i.V. Art. 1 § 1 RBerG nichtig, so hat der Steuerberater einen Anspruch auf Herausgabe der Vertragsentwürfe und der Kosten, die der Mandant bei wirksamen Beratungsauftrag hätte aufwenden müssen und nun erspart hat.

Aus den Gründen:

Ein auf die Erstellung dieser Vertragsentwürfe, nämlich

- Treuhandvertrag
- Aufbau bzw. Gesellschaftsvertrag
- Baubetreuungsvertrag
- Finanzierungsvermittlungsvertrag
- Bürgschaftsvertrag
- Ausbietungsgarantievertrag
- Zinsgarantievertrag
- Mietvermittlungs- und Mietgarantievertrag
- Kostengarantievertrag

gerichteter Geschäftsbesorgungsvertrag (§ 675 BGB) mit Dienst- oder Werkvertragscharakter verstieße gegen Art. 1 § 1 des Rechtsberatungsgesetzes (RBerG) und wäre deshalb gem. § 134 BGB nichtig, so daß die Klägerin aus einem derartigen Geschäftsbesorgungsvertrag keine Rechte herleiten könnte, also auch nicht den geltend gemachten Honoraranspruch.

Die der Klägerin als Steuerberatungsgesellschaft nach § 1 des Steuerberatungsgesetzes (StBerG) erteilte Befugnis zur Hilfe in Steuersachen ermächtigt gemäß Art. 1 § 4 Abs. 2 und 3 RBerG nicht zur Rechtsberatung in sonstigen Angelegenheiten. Das Rechtsberatungsgesetz beschränkt die zulässige Beratungstätigkeit der steuerberatenden Berufe auf den Bereich der steuerrechtlichen Fragen.

Die hier von der Klägerin erstellten Vertragsentwürfe für ein Bauherrenmodell und ein auf die Erstellung dieser Entwürfe gerichteter Auftrag stellen sich jedoch nicht lediglich als Beratung in steuerrechtlichen Fragen dar, sondern sind als der Klägerin nicht gestattete Rechtsberatung der Beklagten zu werten. Eine solche liegt immer dann vor, **wenn die Rechtsberatung nicht unbedingt notwendig und unausweislich ist, um die Hilfe-**

leistung in der betreffenden steuerrechtlichen Frage zu ermöglichen (vgl. BGH NJW 1963, 2027; OLG Karlsruhe AnwBl. 1980, 194; Schorn NJW 1961, 993). So ist der Steuerberater berechtigt, seinen Auftraggeber über die zivilrechtlichen Folgen der vom steuerlichen Standpunkt günstigen Gestaltung aufzuklären, also z.B. darzulegen, **worin die zivilrechtlichen Unterschiede zwischen einem Darlehen und einer Stillen Gesellschaft bestehen** (so BGH a.a.O.). Er muß sich dabei aber auf die steuerlichen Gesichtspunkte und die steuerrechtliche Lösung eines bestimmten zivilrechtlichen Sachverhalts beschränken, während er nicht berechtigt ist, auf eine bestimmte zivilrechtliche Gestaltung hinzuwirken und die Vertragsgestaltung auch insoweit selbst vorzunehmen.

Hier hat die Klägerin diese zivilrechtliche Gestaltung selbst vorgenommen und ausformulierte Entwürfe erstellt, anstatt die Ausgestaltung der Verträge insoweit dem Notar zu überlassen, der den „Treuhandvertrag“ beurkunden sollte. Der Vertragsentwurf regelt nicht nur die laufende Steuerberatung für das Projekt durch die Klägerin als in Aussicht genommene Treuhänderin, sondern z.B. auch die Haftung des Treuhänders, seine Befreiung von den Beschränkungen des §181 BGB, die Rechtstellung mehrerer Personen als Treugeber desselben Wohn- oder Teileigentums und das Kündigungsrecht aus wichtigem Grund. Dem Entwurf dieses Vertrages war der ebenfalls ausformulierte Entwurf eines Gesellschaftsvertrages über die Gründung einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts als Innengesellschaft zwischen den Bauherren, vertreten durch die Klägerin als Treuhänder, als Anlage beigelegt. Der Entwurf eines „Bauherrenbetreuungsvertrages“ enthält u.a. Regelungen über die Abnahme des Bauvorhabens, die Gewährleistung und die Vertretung des Auftragnehmers – der Beklagten – während der Bauzeit. Der Entwurf eines „Finanzierungsvermittlungsvertrages“ regelt u.a. den Ausschluß des §652 Abs.1 BGB. Der Entwurf eines „Bürgschaftsvertrages“ regelt die Übernahme einer Bürgschaftsverpflichtung durch die Beklagte gegenüber dem die Zwischenfinanzierung übernehmenden Kreditinstitut. Schließlich regeln die Entwürfe eines „Ausbietungsgarantievertrages“, eines „Zinsgarantievertrages“, eines „Mietvermittlungs- und Mietgarantievertrages“ und eines „Kostengarantievertrages“ die Übernahme von Garantieverpflichtungen durch die Beklagte.

Diese Rechtsberatung der Beklagten durch die Klägerin in diesem Umfang war nicht notwendigerweise durch die Beratung der Beklagten zu den steuerlichen Gesichtspunkten des geplanten Bauherrenmodells bedingt. Zwar sind Bauherrenmodell und Bauträgermodell entwickelt worden, um Kapitalanlegern Steuervorteile zu verschaffen (vgl. Lauer, Bauherrenmodell und Bauträgermodell, WM 1983, 1254), das bedeutet

aber nicht, daß bei diesen Modellen mit der steuerlichen Beratung notwendig und so weitgehend wie hier die zivilrechtliche Rechtsberatung verbunden sein müßte. Das würde die Grenze zwischen Hilfeleistung in Steuersachen und Besorgung anderer Rechtsangelegenheiten verwischen, die der Gesetzgeber auch mit der Neufassung von Art.1 §4 RBerG bewußt aufrechterhalten hat (vgl. Altenhoff, Busch, Kampmann, RBerG, 7. Aufl. 1983, Rdn. 374, 375).

Schließlich kann sich die Klägerin entgegen ihrer Auffassung auch nicht mit Erfolg darauf berufen, die hier vorgenommenen (zivil-)rechtliche Beratung müsse ihr in entsprechender Anwendung von **Art.1 §5 RBerG** gestattet sein. Die Ausnahmeregelung des Art.1 §5 RBerG, nach der in bestimmten Geschäftsbereichen eine Rechtsberatung gestattet ist, die mit der geschäftlichen Tätigkeit in einem unmittelbaren Zusammenhang steht, gilt nach ganz überwiegender Meinung, der sich der Senat anschließt, nicht für die steuerberatenden Berufe (vgl. OLG Karlsruhe a.a.O.; Schorn a.a.O.; Altenhoff, Busch, Kampmann, a.a.O., Rdn. 373, Rennen, Calibe, RBerG, 1986, Rdn. 23 zu Art.1 §4).

Hiernach wäre der von der Klägerin behauptete Geschäftsbesorgungsvertrag, über dessen Zustandekommen die Parteien streiten, ohnehin gemäß §134 BGB nichtig, so daß die Klägerin aus einem derartigen Vertrag den geltend gemachten Honoraranspruch nicht herleiten kann.

Möglicherweise steht der Klägerin dann allerdings ein Bereicherungsanspruch (§812 BGB) zu, da der Beklagten die Vertragsentwürfe übergeben worden sind, der Beklagten also die – unerlaubte – Rechtsberatung zuteil geworden ist. Danach könnte der Klägerin einerseits ein **Anspruch auf Herausgabe der Vertragsentwürfe** zustehen. Daneben könnte ein **Anspruch auf Herausgabe der Kosten in Betracht kommen**, die der Beklagten bei ordnungsgemäßigem Vorgehen als Aufwendungen erwachsen wären und die sie anderweit erspart hat (vgl. BGHZ 36, 323; BGHZ 37, 264; BGHZ 70, 17).

Einen derartigen Anspruch, der eine Änderung des Klagegrundes und damit eine Klageänderung darstellen würde (§264 ZPO), hat die Klägerin jedoch nicht geltend gemacht. Es fehlt hierzu auch jeglicher Sachvortrag seitens der Klägerin, insbesondere zum Geschäftswert des geplanten Objekts und damit zum Geschäftswert der Vertragsentwürfe. Diese Angaben wären aber unbedingt notwendig gewesen, um die seitens der Beklagten ersparten Rechtsberatungskosten und damit den Wert der von der Klägerin erbrachten Leistungen gem. §818 Abs.2 BGB zu bestimmen.

Weiterführende Hinweise:

Zur Rechtsberatung durch Steuerberater vgl. OLG Hamm Urt.v. 28.8.1985 – 25 U 273/84 GI 1986, 50 = DB 1986, 32 und weiterführende Rechtsprechungshinweise in GI 1986, 51 f.

Mandatsvertrag mit Sozietät

- Bearbeitung durch angestellte Mitarbeiter
- Weiterführende Hinweise

(LG Itzehoe Urt. v. 4.12.1986 – 7 O 207/86)

Leitsatz (d. Verf.):

Der angestellte Anwalt, der nach außen nicht als Sozius auftritt, wird nicht Vertragspartner des Mandanten, wenn er das Mandat bearbeitet.

Zum Sachverhalt:

Der Kläger erschien in der Sozietät A/B, um ein Prozeßmandat zu erteilen. Er trug sein Anliegen dem Sozius A vor. Dieser führte ihn dann mit dem Hinweis zu dem angestellten Rechtsanwalt C., daß dieser die Sache in Zukunft bearbeiten werde. Die Gerichtstermine wurden von C. wahrgenommen. Gemeinsame Briefbögen, Stempel o. ä. von A, B und C gab es nicht. Die Schriftsätze wurden von einem der Sozius unterschrieben.

Aus den Gründen:

Der Kläger hat einen anwaltlichen Beratungs- und Vertretungsvertrag mit den Anwälten abschließen wollen, die er aufsuchte, nachdem er in dem Rechtsstreit H. ·/· ihn die Klageschrift erhalten hatte. Er begab sich in das Büro der Rechtsanwälte A. und B., die eine Anwaltssozietät bilden, an der der Rechtsanwalt C. nicht beteiligt ist. Der Kläger besprach die Angelegenheit auch zunächst mit einem der beiden Anwälte der Sozietät, nämlich mit dem Rechtsanwalt A., bis er dem Rechtsanwalt C. vorgestellt und ihm erklärt wurde, daß dieser die Angelegenheit bearbeiten werde. Danach ist ein Mandatsverhältnis zwischen dem Kläger und den Rechtsanwälten A. und B. zustande gekommen, nicht jedoch auch zu dem Rechtsanwalt C.

Zugunsten des Klägers geht das Gericht davon aus, daß er entgegen dem Sachvortrag der Beklagten nicht alsbald auf das Angestelltenverhältnis des Rechtsanwalts C. zu der Anwaltssozietät hingewiesen worden ist. Gleichwohl muß sich Rechtsanwalt C. nicht so behandeln lassen, als sei er Mitglied der Sozietät gewesen. Das ist wohl anzunehmen, wenn ein angestellter Rechtsanwalt zwar nicht in einem Sozietätsverhältnis zu einem anderen Anwalt steht, aber durch bestimmte Umstände gegenüber der Allgemeinheit und dem Mandanten der Eindruck erweckt wird, als gehöre der angestellte Anwalt zu einer Sozietät (BGHZ 80, 247).

Solche Umstände sind vom BGH darin gesehen worden, daß mehrere Anwälte ein gemeinsames Praxisschild führen, Briefbögen und Stempel benutzen, auf denen alle Anwälte zusammen aufgeführt sind. So liegt der Fall hier aber nicht. Die drei Beklagten führten kein gemeinsames Praxisschild, auf ihren Briefköpfen waren nur die Namen der beklagten Rechtsanwälte A. und B. verzeichnet. Der Name des Rechtsanwalts C. erschien weder auf den Briefbögen noch auf dem Praxisschild. Der Kläger behauptet auch nicht, daß auf bestimmte andere Art und Weise der Eindruck erweckt wurde, Rechtsanwalt C. sei Mitglied der Sozietät. Schließlich wurden auch keine Stempel benutzt, auf denen der Name des Rechtsanwalts C. neben den beiden anderen erschien.

Auch dem weiteren Verlauf des Prozesses konnte der Kläger nicht entnehmen, daß Rechtsanwalt C. Mitglied der Anwaltssozietät war. Alle Schriftsätze wurden nicht von ihm, sondern von Rechtsanwalt B. unterzeichnet. Da es nicht unüblich ist, daß Rechtsanwälte in ihren Büros – vorwiegend jüngere – Kollegen als Angestellte beschäftigen, ist hier nach allem nicht der Eindruck erweckt worden, Rechtsanwalt C. gehöre zu der Anwaltssozietät der beiden anderen Beklagten.

Danach kann der Rechtsanwalt C. nicht aus der Verletzung vertraglicher oder vertragsähnlicher Verpflichtungen gegenüber dem Kläger in Anspruch genommen werden.

Weiterführende Hinweise:

1. Ein Rechtsanwalt, der mit Steuerberatern und/oder Wirtschaftsprüfern in einem Sozietätsverhältnis steht, wird durch ein Mandat, das die Erledigung von steuerlichen Angelegenheiten zum Gegenstand hat und der Sozietät als solche erteilt wird, mitverpflichtet.

BGH GI 14/82
= ZIP 1982, 846
= StBg 1982, 277, 314

Bei einem Steuerberater, der gleichzeitig Rechtsanwalt oder Wirtschaftsprüfer ist, wird man beim Fehlen von hinreichenden Anhaltspunkten für einen abweichenden Willen annehmen müssen, daß er seinen Mandanten die Hilfe und Beratung in Steuersachen in seiner Eigenschaft als Steuerberater versprochen hat. Dies spielt jedenfalls dann eine Rolle, wenn die Hilfe und Beratung in Steuersachen der ausschließliche Gegenstand des Vertrages ist oder wenn hierauf der Schwerpunkt der vertraglich geschuldeten Tätigkeit liegt. Soweit ihm im Rahmen dieser Tätigkeit ein Fehler unterläuft, richtet sich in der Regel die Verjährung nach § 68 StBerG.

2. Aus einem Auftrag, den ein in einer Sozietät von Wirtschaftsprüfern angestellter Steuerberater oder Steuerbevollmächtigter entgegennimmt, werden regelmäßig die Wirtschaftsprüfer berechtigt und verpflichtet, sofern nicht ausnahmsweise nach dem erklärten Willen des Auftraggebers der tätig werdende Steuerberater oder Steuerbevollmächtigte persönlich Auftragnehmer sein soll.

OLG Düsseldorf
Urt. v. 17. 5. 1984,
GI 7/85

Die Beweislast dafür, daß ausnahmsweise der angestellte Steuerberater oder Steuerbevollmächtigte Vertragspartner des Auftraggebers sein soll, tragen regelmäßig die Wirtschaftsprüfer

3. Haftungsprobleme bei gemischten Sozietäten
4. Probleme der Haftung assoziierter Rechtsanwälte
5. Schadenersatzpflicht verbundener Anwälte
6. Zur Beauftragung von Rechtsanwälten – vor allem einer Sozietät – durch Rechtsschutzversicherer

Borggreve Inf. 1982,
565; gleichzeitig ein
Beitrag zu BGH
v. 21. 4. 1982 – IVa ZR
291/80 = ZIP 82, 846
= StBg 82, 277 + 314
= StB 82, 222
= GI 14/82

Kornblum AnwBl. 1973,
153

Müller NJW 1969, 903

BGH v. 24. 1. 1978 –
VI ZR 220/76, VersR
78, 443

- | | |
|---|--|
| 7. Zur Frage der gesamtschuldnerischen Haftung der Mitglieder einer Anwaltssozietät bei Veruntreuung der für einen Mandanten bestimmten Zahlungen des Prozeßgegners durch einen Sozius im Falle der Erteilung des Prozeßführungsauftrags durch den Rechtsschutzversicherer des Mandanten. | BGH v. 24.1.1978 –
VI ZR 232/76,
VersR 78, 444 |
| 8. Die für die Haftung eines einer Anwaltssozietät angehörenden Rechtsanwalts geltenden Rechtsgrundsätze sind auch dann anzuwenden, wenn die Anwälte nur nach außen hin den Anschein erweckt haben, zwischen ihnen bestehe eine Sozietät. | BGH v. 24.1.1978 –
VI ZR 264/76,
VersR 78, 445 |

GI Hinweise

Boochs stellt die einkommensteuerlichen Fragen im Zusammenhang mit Konkursen dar, die bei Tätigkeiten des Steuerberaters bedeutsam werden:

- Einfluß der Konkurseröffnung auf die Veranlagung des Gemeinschuldners
- Buchführungspflichten, Verpflichtung zur Abgabe von Steuererklärungen
- Auflösung eines Einzelunternehmens, einer Personengesellschaft oder einer sonstigen Mitunternehmerschaft durch Konkurs
- Berücksichtigung von Verlusten im Konkurs
- Berücksichtigung von Auflösungsverlusten im Konkurs von Kapitalgesellschaften.

(Boochs, Die Information 1987, 242)

Reuter gibt in der Finanzrundschau 1987, 157 ff. einen Überblick über die steuerliche Behandlung der Lebensversicherung bei allen in Betracht kommenden Steuerarten.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1–9, 1987)

Allgemeine Auftragsbedingungen d. Wp.		Fristenkontrolle	
– § 9 IV	87, 70	– unverschuldetes Säumnis/ Brief an unzuständiges FA	87, 20
Allgemeine Geschäftsbedingungen		Geldstrafe/-buße	
– Haftungshöchstsumme	87, 34	– Schaden	87, 24, 125
Anlageberatung		Haftungsbeschränkung in AGB	
– Bonitätsprüfung	87, 51	– Haftungshöchstsumme	87, 34
– Liquiditätsbelastung	87, 51, 119	– vorvertragliche Pflichtverletzung	87, 141
– und Steuerberatungsvertrag	87, 51, 121	Herausgabeanspruch	
– Provisionsgeschäfte s. dort	87, 51, 121	– gespeicherter Buchhaltungsdaten	87, 116
– unentgeltliche –	87, 52	Honoraranspruch d. RA	
Antrag		– vorzeitige Beendigung des Mandats, § 13 BRAGO	87, 35
– Investitionszulage	87, 20	– Herabsetzung des –, § 3 Abs. III BRAGO	87, 34
– zuständiges Finanzamt		– Pauschalhonorar	87, 34
Anwaltsvertrag		– Verrechnung mit Anderkontengeldern (LS)	87, 94
– Kündigungsrecht, § 627 BGB	87, 35	Honoraranspruch d. StB	
– mit Sozietät	87, 145	– bei nichtigem Beratungsvertrag	87, 141
Auskunft des FA	87, 127	– Buchführungsmandat	87, 9, 112
Bauherrenmodell		– Verjährung	87, 9
– prospektierter Gesamtaufwand	87, 73	Honorarforderung d. StB	
– Treuhänder	87, 69	– Fälligkeit	87, 112
– Vertragsentwürfe d. StB	87, 141	– Ausschluß der Aufrechnung	87, 112
Belehrungspflicht		Konkursverwalter, Haftung des –	
– Art der Belehrung	87, 66 (LS)	– Betriebsfortführung	87, 26 (LS)
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit	87, 119	Kostenerstattungsanspruch	
– Ende der –	87, 50	– USt auf Reisekosten des RA	87, 116
– und Mandatsende		Kündigung des Mandats	
– über eigene Fehler	87, 49	– fristlose – § 627 BGB	87, 99, 108
– schuldhafte Verletzung der –		– durch Mandanten	87, 35, 98
– über Gebühren, Kosten, Prozeßkostenhilfe	87, 134	– durch StB zur Unzeit	87, 102
– über steuerliche Risiken	87, 120, 135	– wegen Verzug des StB	87, 98, 99
Beratung		Literatur- u. Rechtsprechungshinweise	
– prognostische	87, 122	– Darlegungs- und Beweislast für Regreß gegen StB	87, 106
Berichtigung gem. § 173 AO		– Honoraranspruch	87, 40
– Mitarbeiterverschulden	87, 44 (LS)	– Kündigungsrecht, § 627 BGB	87, 40
– neue Tatsache	87, 44 (LS)	– Mandatsvertrag mit Sozietät	87, 146
Beweislast		– Provisionszahlung an StB/Wp	87, 88
– für Fehlberatung	87, 66, 80 (LS)	– Verjährung § 68 StBerG/Treuhänder	87, 69
Buchführungsauftrag		– Wiedereinsetzung	87, 23
– Buchung ohne Beleg	87, 4	Mehrfachberufler, Wp/StB/RA	87, 67
– Unterschlagungsentdeckung	87, 4	Mitverschulden (§ 254 BGB)	
Darlegungslast für Regreßanspruch		– für Unterschlagung durch ArbN	87, 6
– Anlageberatungsvertrag	87, 45	Notar, Gebühren des	
– Buchungsfehler	87, 102	– Verrechnung mit Anderkontengeld	87, 94
– Zinsschaden/Steuervorteil	87, 73	– Sachverhaltsermittlung	87, 8
Dienstvertrag		– Sicherungsübereignungsvertrag	87, 7
– Anwaltsvertrag	87, 36	– Treuhandgelder	87, 94 (LS)
Dritthaftung		Prospekthaftung	
– Haftungsbeschränkung in AGB	87, 34	– bei Bauherrenmodell	87, 54
– sittenwidrige, vorsätzliche Schädigung, § 826 BGB	87, 27	– des nichtgenannten Prospektprüfers	87, 54
– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	87, 27	Prospektprüfer	
– Kreditgeberschutz	87, 27	– Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Bauherren?	87, 54
– Zwischenabschluß	87, 27	– Warnpflicht wegen Bilanzbild?	87, 54
Fahrtkosten			
– zwischen Kanzlei und Wohnung mit Arbeitszimmer	87, 134 (LS)		

Provisionsgeschäfte			
– Rückforderung der	87, 85		
– Schadenersatzpflicht ohne Fehlberatung	87, 117		
– Zahlung an Strohmann	87, 86		
Rechtsanwalt			
– Antrag eines Versäumnisurteils	87, 128		
– Bürogemeinschaft im Inkassobüro	87, 12		
	(LS)		
Rechtsbeistand			
– Prozeßvertretung vor Arbeitsgericht	87, 12		
	(LS)		
Rechtsberatung/Rechtsbesorgung			
– Abwicklung d. nichtigen Rechtsberatungsvertrages	87, 141		
– Anwalts- und Inkassobüro	87, 12		
	(LS)		
– Prozeßvertretung vor Arbeitsgericht	87, 12		
	(LS)		
– durch Schuldenregulierung	87, 12		
	(LS)		
– durch Steuerberater	87, 141		
– durch Versicherungsmathematiker/ Rentenbescheid	87, 12		
	(LS)		
– durch Vertragserstellung	87, 141		
Sachverhaltsermittlung	87, 8		
Sachverständiger			
– Rechtsberatung durch	87, 12		
	(LS)		
Schaden			
– Anwaltskosten f. Strafverfahren	87, 24		
– Geldbuße	87, 24, 125		
– Zinsschaden/Steuervorteil	87, 73		
Steuerberater			
– erlaubte Rechtsberatung	87, 141		
– internationale Zusammenarbeit mit Berufskollegen	87, 116		
Steuerberatungsgesellschaft			
– mit berufsfremdem Gesellschafter	87, 66		
	(LS)		
Steuerberatungsgesetz			
– § 4 Ziff. 5	87, 13		
– = durch Unternehmensberater			
– unmittelbarer Zusammenhang	87, 14		
– § 57			
– = Gebührenzahlung durch Dritte	87, 17, 19		
– = Unabhängigkeit	87, 17		
– = Werbeverbot	87, 116		
Steuerberatungsvertrag			
– und Anlageberatungsvertrag	87, 35		
– Auflösung des –			
– = zum Jahresende	87, 99		
– einverständliche –	87, 102		
– Auflösung der StB-Sozietät	87, 98		
– Dienstvertrag	87, 99, 102, 108		
– Kündigung durch Mandanten	87, 35		
– Schutzwirkung zugunsten Dritter	87, 32		
– mit Sozietät	87, 145		
– Werkvertrag	87, 98		
– Zustandekommen des –	87, 52		
– = Indiz: Honorarzählung			
Steuerhinterziehung			
– Fortsetzungstat	87, 2		
– Strafbefehl, Rechtskraft	87, 2		
– USt-Erstattungsanspruch	87, 2		
– Verjährung	87, 2		
Testat			
– Ordnungsmäßigkeit der Buchführung	87, 27		
– Sorgfaltspflicht bei Erteilung von –	87, 27		
Treuhänder			
– Auskunftspflicht des –	87, 94		
	(LS)		
– Belehrung über steuerliche Risiken	87, 135		
– Einsichtsrecht des Treugebers	87, 94		
	(LS)		
– prospektierter Gesamtaufwand	87, 73, 92		
– Kenntnis der wirtschaftl. und rechtl. Grundlagen	87, 89		
– Verjährung des Regreßanspruchs	87, 67, 81		
– Verschulden des	87, 136		
– Verwaltung des Gesellschaftsanteils	87, 89		
– Zustimmung zur Umplanung	87, 89		
Unerlaubte Handlung			
– sittenwidrige vorsätzliche Schädigung, § 826 BGB	87, 27		
Unterschlagung			
– Buchführungsmandat	87, 4		
– Mitverschulden d. Mandanten	87, 6		
Verdeckte Gewinnausschüttung	87, 134		
Verjährung			
– des Honoraranspruchs	87, 9		
Verjährung (§ 51 a WPO)			
– Mehrfachberufler	87, 67		
– vorvertraglicher Regreßanspruch	87, 81		
– Treuhand	87, 67, 81		
Verjährung (§ 68 StBerG)			
– Schadenentstehung	87, 47, 83		
– = Kapitalanlage			
– Sekundäranspruch	87, 49		
– = Belehrungspflicht			
– = Verschulden	87, 49		
– Treuhand	87, 67		
Verschulden			
– Belehrung über Fehler	87, 49		
– des Treuhänders	87, 136		
Versicherungsschutz			
– Klagefrist § 12 Abs. III VVG	87, 26		
	(LS)		
Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter			
– zugunsten des Kreditgebers	87, 27		
– Prospektprüfungsvertrag zugunsten des Bauherrn?	87, 54		
Vertragsgestaltung			
– Sicherungsübereignungsvertrag	87, 7		
– durch Steuerberater	87, 141		
Vorsatz			
– sittenwidrige vorsätzliche Schädigung, § 826 BGB	87, 27		
Vorvertraglicher Regreßanspruch			
– gegen Treuhandkommanditisten	87, 135		
– Verjährung des –	87, 83		
Werkvertrag			
– Konkursbuchhaltung	87, 98		
– Zustandekommen des –			
Wiedereinsetzung			
– Fristenkontrolle	87, 20		
– = falsches FA			
– = Kompensationsverschulden d. Gerichts/FA	87, 20		
– Weiterleitung an zuständiges FA/Gericht	87, 20		
Wirtschaftsprüfer			
– Berufstätigkeit, § 2 I WPO	87, 67, 81		
– Treuhand	87, 67, 81		
Zurückbehaltungsrecht			
– an gespeicherten Buchhaltungsdaten	87, 116		
	(LS)		

BGH v. 28.1.1986 – I StR 611/85 = wistra 86, 142 = Anm. Würthwein wistra 86, 258	87, 2	OLG München v. 23.4.1986 – 15 U 1566/83	87, 135
BGH v. 2.7.1986 – 3 StR 87/86 = wistra 86, 257	87, 2	LG Augsburg v. 3.12.1986 – 2 O 601/84	87, 89
BGH v. 1.10.1986 – IVa ZR 108/86 = VersR 1987, 39	87, 26 (LS)	LG Braunschweig v. 11.1.1987 – 5 = 432/84 = StB 1987, 15	87, 116 (LS)
BGH v. 9.10.1986 – I ZR 138/84 = WM 1987, 85 = EBE 1987, 36 = JZ 1987, 466 m. Anm. Ahrens	87, 13	LG Düsseldorf v. 16.5.1986 – 22 S 564/85	87, 12 (LS)
BGH v. 9.10.1986 – I ZR 16/85 = WM 1987, 83 = EBE 1987, 40 = EWIR § 4 Nr. 5 StBerG 1/87, 189 (Michalski)	87, 18	= RBeistand 1986, 129	
= JZ 1987, 466 m. Anm. Ahrens		LG Düsseldorf v. 21.5.1986 – 12 O 584/85 = STEUER-TELEX 338/87	87, 116 (LS)
BGH v. 16.10.1986 – III ZR 67/85 = WM 1987, 265	87, 35	LG Düsseldorf v. 19.6.1986 – 14 O 11/86	87, 24
BGH v. 6.11.1986 – IX ZR 125/85	87, 7	LG Flensburg v. 11.12.1986 – 1 S 69/86 = RBeistand 1987, 50	87, 134 (LS)
BGH v. 26.11.1986 – IVa ZR 86/85 = WM 1987, 257 = ZIP 1987, 376 = ZIP 1987, 322 = ZIP 1987, 371	87, 27	LG Itzehoe v. 4.12.1986 – 7 O 207/86	87, 145
= EWIR § 826 BGB 2/87 591 (Gräfe)		LG Kleve v. 20.2.1987 – 1 O 340/86	87, 73
= WuB IVa § 328 BGB 1.87 (Joheke)		LG Koblenz v. 4.3.1986 – 4 T 22/86 (rkr.) = WM 1986, 1038 = WuB VIII A § 15	87, 94
BGH v. 4.12.1986 – IX ZR 47/86 = ZIP 1987, 115	87, 26 (LS)	BNoto 1.86, Reithmann	
BGH v. 5.2.1987 – IX ZR 65/86 = 1987, 590	87, 66 (LS)	LG Marburg v. 29.1.1986 – 2 O 192/85	87, 51
BGH v. 4.3.1987 – IVa ZR 222/85	87, 119	LG Mosbach v. 14.2.1986 – KfH O 119/85 = RBeistand 1986, 127	87, 12 (LS)
BGH v. 11.3.1987 – IVa ZR 290/85	87, 81	LG Saarbrücken v. 30.10.1986 – 3 O 417/85	87, 54
BGH v. 1.4.1987 – IVa ZR 211/85 = WM 1987, 725	87, 84	AG Neuss v. 24.11.1986 – 37 C 530/86 = AnwBl. 87, 284	87, 134 (LS)
BGH v. 2.4.1987 – IX ZR 68/86 = WM 1987, 725	87, 80 (LS)	AG Sinzig v. 30.12.1986 – 7 C 463/86 (rkr.)	87, 108
BGH v. 20.5.1987 – IVa ZR 36/86	87, 117	LAG Hamm v. 13.5.1986 – 11 Sa 2354/85 = RBeistand 1986, 166 m. Anm.	87, 12 (LS)
OLG Düsseldorf v. 14.3.1985 – 18 U 45/86	87, 98	EG Düsseldorf v. 5.12.1985 – 4 EV 117/83 und 4 EV 32/85	87, 12 (LS)
OLG Düsseldorf v. 11.4.1985 – 18 U 190/84	87, 98 (LS)	= RBeistand 1986, 131	
OLG Düsseldorf v. 15.5.1986 – 2 U 80/85	87, 128	BFH v. 9.10.1986 – IV R 135/84 = BStBl. 1987 II, 124	87, 66 (LS)
OLG Düsseldorf v. 24.6.1986 – Ss 125/86 = wistra 86, 273	87, 2	BFH v. 24.3.1987 – I B 117/86 = LEXinform 0074883	87, 134 (LS)
OLG Düsseldorf v. 3.7.1986 – 18 U 45/86	87, 102	FG Düsseldorf v. 21.5.1986 – XI 388/79 F = NJW 1987, 344	87, 66 (LS)
OLG Düsseldorf v. 27.11.1986 – 8 U 237/85 = AnwBl. 87, 283	87, 134 (LS)	FG Köln v. 25.6.1986 – VI 439/82 F	87, 134 (LS)
OLG Düsseldorf v. 22.1.1987 – 18 U 146/86	87, 125	FG Köln v. 10.12.1986 – X 317/83 F	87, 66 (LS)
OLG Düsseldorf v. 4.6.1987 – 18 U 8/87 (rkr.)	87, 99	Nds. FG v. 16.4.1986 – IX 312/81 – = Stbg 1987, 18	87, 44 (LS)
OLG Hamburg v. 10.12.1986 – V U 50/86 = EWIR § 68 StBerG 1/87 (Graf v. Westphalen)	87, 68	FG Rheinland-Pfalz v. 18.8.1986 – 2 K 131/85	87, 80 (LS)
OLG Koblenz v. 25.10.1985 – 8 U 1340/84	87, 3	BdF Schr. v. 24.6.1987 = Finanznachrichten v. 26.6.1987 = DSIR 1987, 437	87, 129
OLG Koblenz v. 20.6.1986 – 2 U 534/85	87, 141	OFD Frankfurt Vfg. v. 21.10.1986 – S 2134 A – 10 – St II 20	87, 41
OLG Koblenz v. 3.12.1986 – 7 U 673/86	87, 45	= Wpg 1987, 47	
OLG Köln v. 14.5.1986 – 6 U 189/85	87, 9	BDiG v. 29.1.1987 – IV VL 37/85 = Mdr 1987, 467	87, 116 (LS)
OLG München v. 17.4.1986 – 1 U 6053/85	87, 94 (LS)		

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (0221) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.